

Lehren aus zwei Jahren Schule unter Coronabedingungen - 12 Forderungen des VBE an die Politik -

Das Bildungssystem Deutschlands weist eklatante Schwächen auf, die insbesondere auf dem Mangel an Fachkräften und Ressourcen basieren. Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) hat hierauf in den letzten Jahren immer wieder aufmerksam gemacht. Allerdings zeigte die Entwicklung in dieser Zeit eher in Richtung einer Ökonomisierung des Bildungssystems und der Ausrichtung auf Effizienz, als dass eine Ausstattung von Bildungseinrichtungen mit den notwendigen pädagogischen Ressourcen im Fokus gestanden hätte.

Die Corona-Pandemie hat die vorhandenen Mängel zum einen verstärkt und zum anderen noch offensichtlicher gemacht. Chancen, die sich aus der Pandemie ergeben haben, wurden nur unzureichend genutzt. So ist zum Beispiel der gepriesene Digitalisierungsschub bisher nur ein Ausstattungsschub. Zu wenige Fortbildungen, die unzureichende Freiheit und mangelnde Zeitressourcen der Lehrkräfte, Neues umzusetzen, verhindern zumeist echten Fortschritt.

Die Politik, insbesondere die Kultusministerien und ihr gemeinsames bundesweites Gremium, die Kultusministerkonferenz (KMK), haben bei der Abwägung zwischen dem Gesundheitsschutz und dem Unterricht vor Ort in der Regel Entscheidungen zugunsten des Präsenzunterrichts getroffen. Obwohl dies pädagogisch angezeigt ist (und aufgrund fehlender Digitalisierung in Deutschland vor allem zu Beginn der Pandemie kaum anders organisierbar war) wurden aber die dafür notwendigen Bedingungen nicht geschaffen. Ob Impfung, Lüftungsanlagen oder die Umsetzung der grundlegendsten Hygieneschutzmaßnahmen durch die Bereitstellung von Seife auf den Schultoiletten: Um alles mussten Lehrkräftevertretungen lange kämpfen, um einen Mindestschutz für das Lehrpersonal und die Kinder und Jugendlichen zu erreichen. Zudem bedeutet Gesundheitsschutz eben nicht allein Infektionsschutzmaßnahmen zu ergreifen. Ständige Zuweisung neuer Aufgaben, mangelhafte Kommunikation durch die politisch Verantwortlichen und Mehrfachbelastungen, etwa durch Online-, Wechsel-, Präsenzunterricht und Notfallbetreuung bei gleichzeitigen coronabedingten Personalausfällen, führen zu einer Entgrenzung der Arbeitszeit mit Auswirkungen auf die psychische und physische Gesundheit. Dem muss entschieden entgegengewirkt werden.

Der ehemalige Gesundheitsminister Jens Spahn stellte in einer Rede Mitte 2020 fest: „Wir werden einander viel verzeihen müssen.“ Die Pandemie hat uns alle vor Herausforderungen gestellt, die noch Monate und Wochen vorher kaum vorstellbar waren und allen viel abverlangt. Dass dabei auch falsche Entscheidungen getroffen

werden oder nicht immer in der eigentlich notwendigen Zeit reagiert wurde, liegt in der Natur dieser Herausforderung. An das politische Handeln sollte daher nicht der Maßstab der Unfehlbarkeit angelegt werden. Da zu befürchten ist, dass der Schulalltag auch zukünftig durch Pandemien beeinflusst werden kann, sind aus Sicht des VBE folgende zwölf Lehren aus Corona zu ziehen, um zukünftig für ähnliche Situationen gerüstet zu sein.

1. Die Politik muss für alle an Schule Beteiligten transparent und nachvollziehbar machen, auf welcher wissenschaftlichen Basis sie welche Entscheidungen getroffen hat!

In den zurückliegenden zwei Jahren der Pandemie gab es immer wieder Entscheidungen der Schulministerinnen und Schulminister, in denen Empfehlungen der Fachwissenschaft nicht gefolgt wurde, ohne zu begründen warum. Dies ist nachzuholen, um Vertrauen aufzubauen bzw. zurückzugewinnen. Hierbei ist auch deutlich zu machen, in welcher Abwägung welche Entscheidungen getroffen wurden und warum gegen bestimmte wissenschaftliche Erkenntnisse entschieden wurde.

2. Die Politik muss bei ihren Entscheidungen die Lebens- und Schulrealität besser beachten. Dafür müssen auch die Interessenvertretungen von Eltern, Schülerinnen und Schüler und Lehrkräften in die Beratungen einbezogen werden, bevor Maßnahmen festgelegt werden!

Sowohl von Eltern als auch von Lehrkräften wurde immer wieder beklagt, dass die Entscheidungen der Politik die Lebensrealität in den Familien und Schulen nicht hinreichend berücksichtigt. Das betrifft zum einen die Gegebenheiten der Arbeitswelt, wobei auch durch die zusätzlichen Kinderkrankentage nicht ausreichend Raum geschaffen werden konnte. Zum anderen wurde argumentiert, dass einige Kinder zu Hause nicht ausreichend gefördert und gegen häusliche Gewalt geschützt werden können. Dies kann Schule allein, zumal in Pandemiezeiten, nicht lösen. Es ist daher notwendig, die Jugendämter mit mehr Ressourcen auszustatten – langfristig und nachhaltig.

Der mangelnde Realitätsbezug ist eine Folge unzureichender Einbindung der Interessenvertretungen bei den Entscheidungsprozessen. Im europäischen Vergleich der ETUCE zeigt sich, dass in den Staaten, in denen es eine frühzeitige Einbeziehung der Interessenvertretungen in die Entscheidungsprozesse gab, die zu treffenden Maßnahmen auf eine hohe Akzeptanz bei allen Betroffenen gestoßen sind. In Deutschland gab es auf der KMK-Ebene keine ergebnisoffenen Beratungen mit den Interessenvertretungen. In den Bundesländern gab es eine sehr heterogene Lage bezüglich des Einbezugs der Vertretungen. Es entstand teilweise gar der Eindruck, dass die Partizipation nur Feigenblatt-Funktion für die Durchsetzung der Vorgaben des Kultusministeriums hatte.

3. Die Politik muss transparente Stufenpläne auf der Basis bundeseinheitlicher Kriterien entwickeln, welche Maßnahmen bei welchem Infektionsgeschehen zu ergreifen sind!

Kriterien der Stufenpläne müssen sich an dem Infektionsgeschehen in den betroffenen Altersgruppen orientieren. Dies gilt sowohl für die Zahl der Infektionen als auch für schwere Verläufe und weitere Indikatoren.

4. Die Politik muss Sorge dafür tragen, dass Vorgaben aus den Ministerien mit realistischem Vorlauf an die Schulen gegeben werden!

In der bisherigen Pandemiezeit wurden Schulen immer wieder von kurzfristigen Ad-hoc Entscheidungen der Politik überrascht, die für die Schulen eine planbare Umsetzung oft unmöglich machten. Zudem wurden die Medien oft eher über neue Vorhaben informiert, als Schulleitungen und Lehrkräfte. Dies schadet der Beziehung zwischen Politik und Praxis langfristig.

5. Die Politik muss in den Schulen einen bestmöglichen Gesundheitsschutz gewährleisten, wo erforderlich auch durch den Einsatz technischer Geräte, um Präsenzunterricht zu ermöglichen!

Es ist essenziell, durch die Bereitstellung von Materialien zur Gesundheitsfürsorge eine Umgebung zu schaffen, in der sich krankheitsmachende Viren und Bakterien nicht ungehindert ausbreiten können. Diese Materialien beginnen bei Seife und Einmalhandtüchern, schließen aber auch Lüftungsanlagen ein. Mit Blick auf die hohe Wahrscheinlichkeit, dass das Corona-Virus auch in der vor uns liegenden Zeit die Durchführung eines regulären Präsenzunterrichts erschweren wird und langfristig auch „normale“ virale Infekte wieder häufiger auftreten werden, sollte der Corona-Expertenrat Empfehlungen auch für den Einbau und Einsatz von technischen Geräten in den Schulen geben. Dies muss, soweit sinnvoll, auch in den Bauvorschriften für die Errichtung und Sanierung von Schulgebäuden verankert werden. Die 2021 bereitgestellten Gelder müssen fortgeschrieben werden und in einer einfachen und vernetzten Förderkulisse niedrigschwellig angeboten werden.

Die Pandemie hat gezeigt, wie hilfreich es wäre, für medizinische Fragen ausgebildete Fachkräfte an Schulen zu beschäftigen. Hierfür sind [Schulgesundheitsfachkräfte](#) bestens geeignet. Der VBE setzt sich bereits seit 2016 für ihren flächendeckenden, bedarfsgerechten Einsatz ein.

6. Die Politik muss dafür Sorge tragen, dass Lehrkräfte nur für das eingesetzt werden, für das sie ausgebildet sind!

Lehrkräfte wurden und werden zunehmend eingesetzt, um originäre Aufgaben der Gesundheitsämter und Labore zu übernehmen. Dies verschärft die personelle Mangelsituation an den Schulen und verringert in unzulässiger Art und Weise die

Zeit, die die Lehrkräfte für die Erfüllung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags haben. Dazu gehört zum Beispiel auch, dass sie von Verwaltungsaufgaben entlastet werden.

7. Die Politik muss die Leistung der Lehrkräfte anerkennen und sich schützend vor sie stellen.

Immer wieder wurden während der Pandemie die Leistung und der Arbeitswille von Lehrkräften infrage gestellt. Dabei setzten sich diese für den Präsenzunterricht ein und hielten diesen aufrecht, als in anderen Branchen längst Homeoffice Pflicht war. Dies muss gewürdigt werden.

Außerdem muss die Politik Gewaltvorfälle an Schule ernst nehmen und die Betroffenen schützen. Eine repräsentative Umfrage von forsa im Auftrag des VBE aus dem Mai 2021 zeigte, dass es an jeder vierten Schule psychische Gewalt gegen Lehrkräfte gab, die im Zusammenhang mit der Umsetzung von Coronaschutzmaßnahmen stand.

8. Die Politik muss Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler anerkennen, statt sich nur auf kognitive Leistung zu fokussieren.

Es braucht Wertschätzung für die neu erworbenen Kompetenzen, wie zum Beispiel Eigenständigkeit und Resilienz der Schülerinnen und Schüler statt starrer Curricula.

9. Die Politik muss das Bildungssystem dauerhaft mit Ressourcen ausstatten, sodass eine individuelle Förderung möglich wird. Sie muss zudem wirkungsvolle Strategien entwickeln, um pandemiebedingte kognitive und sozial-emotionale Defizite bei Kindern und Jugendlichen nachhaltig auszugleichen. Eine bessere Ausstattung mit Lehrkräften und multiprofessionellen Teams ist dafür unabdingbar.

Kurzfristige ad hoc oder Aufholprogramme, die weder nachhaltig wirken noch kurzfristig mit ausreichend Ressourcen und qualifiziertem Personal hinterlegt werden können, erfüllen diesen Zweck nicht. Im Fokus muss die Stärkung der Institution Schule stehen, nicht die Kompensation politischer Versäumnisse über externe (Nachhilfe-)Angebote. Letztere sind nicht geeignet, die zusätzlich entstandenen Bildungsungerechtigkeiten nachhaltig zu verringern, unter anderem da die Verzahnung mit den Lehrkräften und dem regulären Unterricht nicht möglich ist. Anspruch und Ziel muss es sein, die Schulen selbst in die Lage zu versetzen, die bei den Schülerinnen und Schüler entstandenen Defizite durch individuelle Förderung aufzuarbeiten. Es ist grundsätzlich notwendig, dass die Politik stärker auf pädagogische Notwendigkeiten ausgerichtet wird, denn auf Wunschvorstellungen. Schule ist nicht Reparaturbetrieb der Gesellschaft.

10. Die Politik muss sicherstellen, dass dem Ausstattungsschub mit digitalen Endgeräten echte Innovation beim Lehren und Lernen folgt.

Es ist notwendig, eine qualitativ hochwertige, praxisnahe und quantitativ ausreichende Fortbildungsoffensive umzusetzen. Die Bereitstellung bedarfsgerechter, sicherer, jederzeit verfügbarer, qualitativ hochwertiger digitaler Angebote für Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler muss gewährleistet sein. Unabdingbare Voraussetzung für eine fortwährende digitale Entwicklung ist eine langfristige, nachhaltige Finanzierung.

11. Die Politik muss das Kooperationsverbot durch eine in der Verfassung verankerte Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen ersetzen, um mehr Bildungsgerechtigkeit unabhängig vom Wohnort und sozioökonomischen Hintergrund der Schülerinnen und Schüler gewährleisten zu können.

Das im Koalitionsvertrag der Bundesregierung benannte Ziel, eine „engere, zielgenauere und verbindliche Kooperation aller Ebenen“ zu realisieren, ist zu konkretisieren und in klare Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu übersetzen. Die für eine entsprechende Umsetzung notwendigen Ressourcen sind bereitzustellen.

12. Die Politik muss dafür sorgen, dass so in Schulbauten investiert wird, dass in ihnen zeitgemäßes Lernen, Lehren und Schulleben zu jeder Zeit sicher möglich ist.

Der Raum als 3. Pädagoge ist essenziell für gutes Lehren und Lernen. Leistungsfähige Schulbauten, das hat die Pandemie gelehrt, müssen heute mehr denn je, neben anderen Qualitätskriterien, ein durchdachtes, flexibles und sicheres Hygienekonzept besitzen und die erforderlichen Hygienestandards für ein gesundes und sicheres Lernen, Lehren, Leben und Arbeiten sicherstellen.

Berlin, 24.02.2022

VBE Bundesvorstand